

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 13.03.2014

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:35 Uhr – 17:24 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Philipp Rochold

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	13	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Ines Saborowski-Richter CDU-Ratsfraktion Sitzung Sächsischer Landtag

Unentschuldigt

Herr Horst Maier sachkundiger Einwohner

Verspätetes Erscheinen

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	16:40 Uhr; TOP 4; dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	16:38 Uhr; TOP 4; dienstlich

Stadtratsmitglieder

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Frau Dr. Peggy Szymenderski	SPD-Fraktion
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion	Vertretung für Frau Saborowski-Richter
---------------------	------------------	--

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Frau Julia Wunsch

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Ina Platzer	Abteilungsleiterin Abt. 50.2
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Herr Dr. Harald Uerlings	Amtsarzt und Abteilungsleiter Amt 53

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel

Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Bürgermeister Rochold, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 14.11.2013
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationsvorlage an den Sozialausschuss
-

Leitlinien für eine altersspezifische Daseinsvorsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Senioren und Menschen mit Behinderungen in Chemnitz – Ergebnisse und 1. Fortschreibung 2014 - 2019
Vorlage: I-004/2014 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50

Zur Informationsvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Frau Platzer (Abteilungsleiterin Abt. 50.2) trägt wesentlichen Sachverhalte der Vorlage vor. Sie stellt Ergebnisse und den Fortschreibungsstand der Leitlinien dar und informiert wie die Auswertung der Leitlinien aussieht. Sie erklärt, dass sich zu den Leitlinien 1 – 7 nichts geändert habe, alle weiterhin Bestand hätten und teilweise fortgeschrieben werden.

Frau Platzer erklärt, dass sich der jeweils momentane Umsetzungsstand schwer im Dokument abbilden lasse, da weiterhin an den Maßnahmen gearbeitet werde. Die Thematik sei eine Ressort übergreifende Querschnittsaufgabe und die Leitlinien können nur umgesetzt werden, wenn sich die Partner an den Maßnahmen beteiligen und Bedarfe bekannt werden. Sie sagt, dass immer versucht wurde die Leitlinien transparent zu gestalten und im November 2011 und Dezember 2012 zu Fachaustauschen mit Kooperationspartnern eingeladen wurde. Sie informiert abschließend, dass sich der Ergebnisteil auf die Leitlinien 2009 – 2013 beziehe und der Fortschreibungsteil die Leitlinien vorerst bis 2019 aufzeige.

Auf die Frage von **Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE)**, wann die Informationsvorlage entstanden sei, informiert **Frau Platzer**, dass die Vorlage Ende September/Oktober 2013 in den Vorlagenlauf eingebracht wurde.

Frau Stadträtin Pastor erklärt, dass sie die Zahlen, welche in der der Vorlage enthalten seien nicht nachvollziehen könne. So sei z. B. die Einwohnerzahl veraltet, jedoch müssten die aktuellen Zahlen als Arbeitsgrundlage genommen werden.

Zum Punkt 3.1.2 fehlen ihr konkrete Zahlen darüber, was tatsächlich erreicht wurde, um dies für die Fortschreibung nutzen zu können. Sie möchte wissen was von 2014 bis 2019 konkret umgesetzt werden solle. Sie erklärt, dass ihr stellenweise die Substanz in der Vorlage fehle.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass der Sachverhalt im Ausschuss vorgestellt werde um diesen gemeinsam beraten zu können.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt fest, dass in einzelnen Stadtteilen die Infrastruktur insbesondere für ältere Menschen immer geringer werde und die Menschen die Unterstützung durch den Stadtrat erwarten. Hier bezieht sie sich auf den Punkt 3.1.1 - Fortschreibung Arbeitspaket Nahverkehrsversorgung und sagt, dass entsprechend der vorliegenden Leitlinien wenig Hoffnung aufkomme, dass sich bezüglich der Infrastruktur was ändern könne. Zur Prüfung des Datenabgleichs zwischen städtischen Ämtern äußert sie kritisch, dass die Zusammenarbeit städtischer Ämter ohne Stadtratsbeschluss o. ä. vorausgesetzt werde. Sie erklärt, dass die Möglichkeiten, den Handlungsbedarf zu erfüllen in der Vorlage aufgeführt sein müssten. Ebenso werden Lösungsvorschläge in allen Bereichen erwartet.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) führt zum Punkt 3.1.4 aus, dass sich ihr die Ergebnisse nicht erschließen und nahezu inhaltslos seien. Sie möchte diese erläutern haben.

Frau Platzer erklärt, dass die Erfassung in Pflegeheimen aufgrund eigener Erfassungsbögen erfolge.

Frau Stadträtin Dr. Szymenderski (SPD-Fraktion) hätte sich gewünscht, dass in der Vorlage stärker auf den demografischen Wandel eingegangen und dargestellt worden wäre, wie der zunehmende Bedarf gedeckt werden solle. Sie meint, dass die Informationen in der Vorlage hätten aktualisiert werden sollen und auf die Konzepte besser eingegangen werden sollte. So nennt sie z. B. das Konzept zur Fortentwicklung der Einrichtungslandschaft. Auch würden sie der Stand und die Bemühungen der Beantragung von Fördermitteln interessieren. Abschließend fragt sie, ob eine Beschlussfassung der Leitlinien erforderlich sei.

Frau Platzer sagt, dass die Leitlinien bereits mit dem Seko beschlossen worden seien und sich seitdem nicht grundsätzlich geändert hätten. Eine Beschlussfassung müsse nur bei neuen oder beim Wegfall von Leitlinien erfolgen.

Sie informiert, dass die Begegnungsstättenkonzepte fortgeschrieben wurden und zur Beschlussfassung im Mai 2014 vorgesehen seien.

Zu Fördermitteln führt sie aus, dass durch Bund und Land spontan Fördermittel eingebracht werden und zum Zeitpunkt der Fortschreibung sich nach der Betreuungsangebotsverordnung beschränkten. Es werde versucht ein Förderprogramm „Pflegethermen“ zu nutzen. Es sei schwierig Förderprogramme zu beschreiben, mögliche Bewerbungen werden jedoch genutzt.

Frau Stadträtin Barthold (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die Begegnungsstätten Fördermittel im Mai beantragen müssen und fragt wie dies mit der Zeitschiene der Beschlussvorlage zu den Begegnungsstätten aufgehen solle.

Frau Platzer weist darauf hin, dass aus diesem Grund der Passus „nach Prüfung der Umsetzungsplanung“ aufgenommen worden sei, weil nach Beschluss entschieden werden müsse, wann sich das Konzept umsetzen lasse.

Frau Stadträtin Pastor erklärt, dass sich der Punkt 3.3.1 lediglich auf Begegnungseinrichtungen beschränke, Senioren aber eine breite Vielfalt in den Bereichen Kultur, Sport und Bildung angeboten werden sollte. Sie fragt, was hierfür zu tun sei.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) sagt, dass die Informationsvorlage zu den Begegnungsstätten mit dieser Vorlage hätte im Komplex behandelt werden sollen. Sie meint, dass die Zielrichtung der vorliegenden Informationsvorlage nicht eindeutig sei und bittet um Präzisierung der Vorlage. So fragt sie z. B. was die Zielstellung der Leitlinien für das Jahr 2019 sei, an welchen Beispielen aufgezeigt werde, was gemacht wird und wo das altersgerechte Wohnen in Zukunft hingehen solle. Sie bittet um Überarbeitung der Vorlage.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass die gegebenen Hinweise aufgenommen werden. Die Frage sei, ob die vorliegende Informationsvorlage überarbeitet werde oder die Hinweise als Grundlage für eine Informationsvorlage zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden, was er empfehle.

Frau Stadträtin Zais würde es begrüßen, dass die Hinweise für die Erstellung der nächsten Informationsvorlage mitgenommen werden. Sie wünscht, dass sich bei anderen bestätigten Leitlinien aus dem Seko-Prozess so z. B. Leitlinien des ÖPNV auch das Sozialamt einbringt und konkrete Bedarfe benennt.

Herr Bürgermeister Rochold sichert zu, dass dies aufgenommen werde.

Frau Stadträtin Dr. Becherer gibt den Hinweis, dass es sowohl weibliche als auch männliche Senioren gäbe und auch nicht alle Senioren behindert, sondern teilweise sehr aktiv seien. Daher solle beachtet werden, dass nicht immer Senioren mit Behinderten im Zusammenhang beschrieben werden und auch die weibliche und männliche Form angewandt werde.

Frau Stadträtin Pastor sagt, dass der Vorschlag des Herrn Bürgermeister Rochold akzeptiert werde, aber über konkrete Ergebnisse auch in enger Zusammenarbeit mit der Behindertenbeauftragten informiert werden müsse.

Frau Stadträtin Dr. Szymenderski fragt, wie für die Leitlinien und Aufgaben die Fortschreibung übergreifend erfolgen solle.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt hierzu, dass verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden, in welchen alle Aspekte unter verschiedenen Blickwinkeln in die Planungen der einzelnen Bereiche und Ämter berücksichtigt werden.

Frau Stadträtin Zais weist darauf hin, dass es genügend Konzepte gäbe, aber oft festgestellt werden müsse, dass es in der Praxis keine Beteiligung gäbe. Diese müsse durch das Sozialamt eingefordert werden, wenn sie nicht von selbst erfolge.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass das Einfordern frühzeitige Informationen voraussetze.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Zais fragt, ob Herr Bürgermeister Rochold Kenntnis habe, ob die Erlassordnung des SMI vom 31.01.2001 zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bzw. geduldeten Ausländern noch in Kraft sei. Sie bittet um schriftliche Beantwortung der Frage.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass Erlasse grundsätzlich nach fünf Jahren außer Kraft treten, es sei denn, dass sie verlängert wurden. Dieser Sachverhalt werde geprüft.

Frau Stadträtin Schaper fragt zum Stand der Schuleingangsuntersuchungen und bittet darum, im nächsten Sozialausschuss über das Ergebnis zu informieren.

Herr Dr. Uerlings (Abteilungsleiter Abt. 53.4) sagt, dass die Schuluntersuchungen voraussichtlich Ende März abgeschlossen werden und in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses darüber informiert werde.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass über Rückstellungen die Schulleiter entscheiden und zunächst die Rückmeldungen an das Dezernat 5 erforderlich seien.

6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion) bestimmt.

21.03.2014 *Rochold*
Datum Philipp Rochold
Vorsitzender
des Ausschusses

24.03.2014 *Zais*
Datum Zais
Mitglied
des Ausschusses

24.03.2014 *Walter*
Datum Walter
Mitglied
des Ausschusses

19.03.2014 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin